

Journal

Mutmassliche Bombenleger wollten in New York zuschlagen

NEW YORK Die beiden mutmasslichen Bombenleger von Boston sind laut den Ermittlern auf ihrem Weg zum nächsten Anschlag in New York gestoppt worden. Tamerlan und Dschochar Zarnajew hätten «weitere Sprengkörper auf dem Times Square» zünden wollen, sagte New Yorks Bürgermeister Michael Bloomberg gestern auf einer Pressekonferenz. Das habe der überlebende Tatverdächtige bei einer Befragung erklärt. Die beiden hätten in der Nacht zum vergangenen Freitag ein Auto gekapert, um sich mit sechs selbst gebauten Bomben in die Millionenmetropole aufzumachen, sagte Polizeichef Ray Kelly. «Der Plan scheiterte, als sie bemerkten, dass das entführte Auto zu wenig Benzin hatte.» Als sie tankten, sei der Autobesitzer aus dem Wagen geflüchtet und habe die Polizei alarmiert. Dies habe die Grossfahndung ausgelöst.

Srebrenica: Serbiens Präsident Nikolic entschuldigt sich

BELGRAD Der serbische Präsident Tomislav Nikolic hat sich erstmals für das Massaker von Srebrenica entschuldigt. Die Entschuldigung gilt für die begangenen Verbrechen. Von Völkermord – wie es der Gerichtshof in Den Haag tut – will er aber weiterhin nicht sprechen. «Ich bitte auf Knien darum, dass Serbien für dieses in Srebrenica begangene Verbrechen verziehen wird», sagte Nikolic in einem Interview mit dem bosnischen Fernsehen. Der Vorwurf des Völkermordes müsse aber «erst bewiesen werden», schränkte Nikolic ein.

Putin weist in TV-Fragestunde Kritik am Kremkurs zurück

MOSKAU Nach scharfer Kritik am russischen Vorgehen gegen Kremlgegner wie den Oppositionsführer Alexej Nawalny hat Präsident Wladimir Putin seinen Kurs verteidigt. Es gebe keine politischen Gefangenen in Russland, sagte Putin gestern live im Staatsfernsehen in einer mehrstündigen Fragestunde. «Leute, die gegen Korruption kämpfen, müssen selbst eine weisse Weste haben», meinte der Präsident. Seinen Gegnern warf er vor, keinen geordneten Dialog anzustreben. Für den «heissen Draht mit Wladimir Putin» waren mehr als drei Millionen Fragen eingereicht worden.

Regierungsbildung wird Hochseilakt

Italiens neuer Regierungschef Enrico Letta hat mit Silvio Berlusconis PDL Verhandlungen aufgenommen.

VON **DOMINIK STRAUB**

ROM «Diese Regierung darf nicht lange dauern, höchstens sechs Monate», erklärte gestern der PD-Parlamentarier Sandro Gozi. Mit seinem Gemütszustand ist Gozi nicht allein, im Gegenteil: Der Gedanke, künftig mit Berlusconi eine Koalitionsregierung zu bilden, empfinden die meisten Mitte-links-Abgeordneten als Zumutung.

Das wurde auch PD-Vizechef Enrico Letta, der am Mittwoch mit der Regierungsbildung beauftragt worden ist, schnell bewusst. Berlusconi machte umgehend klar, dass er sich in der Koalitionsregierung nicht mit der Rolle des Juniorpartners abgeben würde. Laut Medienberichten forderte der PDL umgehend diejenigen Ressorts für sich, die für Berlusconis Interessen strategisch sind: das Justizministerium, das Kommunikationsministerium und das Innenministerium. Als künftige Minister sind einige PDL-Exponenten im Gespräch, die für die Linke rote Tücher sind – etwa der im Mafia-Ruch stehende ehemalige Senatspräsident Renato Schifani aus Sizilien als Justiz- oder Innenminister. Aus dem fernen Texas,

wo er an der Einweihung einer Bibliothek seines einstigen «amico» George W. Bush teilnahm, hat Berlusconi gestern ausserdem ein 8-Punkte-Programm diktiert, das die künftige Koalitionsregierung umsetzen müsse. Der wichtigste Punkt betrifft die Abschaffung der von Monti eingeführten Immobiliensteuer – eine Forderung, die vom PDL gestern als «nicht verhandelbar» bezeichnet wurde. Mario Monti, dessen Mittepartei Scelta Civica ebenfalls an der Regierung beteiligt werden soll, hat das Steuergeschenk gestern sofort abgelehnt.

Kurz vor der Implosion

Der alles entscheidende Punkt wird aber nicht die Immobiliensteuer, son-

dern die Justiz sein: Für Berlusconi, dem in den nächsten Wochen in zwei Strafprozessen («Ruby» und Steuerbetrug) langjährige Freiheitsstrafen, ein Verbot zur Übernahme öffentlicher Ämter und ein Haftbefehl drohen, braucht dringend einen neuen juristischen Schutzschild. Letta wiederum kann gerade in diesem Punkt nicht nachgeben, denn so viel Selbstverleugung kann er seinen 400 Abgeordneten und Senatoren unmöglich zumuten. Die wahrscheinlichste Lösung ist, dass das Thema auf Eis gelegt wird, bis die Vertrauensabstimmungen im Parlament über die Bühne gegangen sein werden.

Lettas Mission wird zum politischen Hochseilakt: Die Absturzgefahr ist gross, ein Auffangnetz gibt es nicht.

Berichte aus Afghanistan SN-Redaktor Jan Hudec besucht das Waisenhaus von Bamyan

Reisen unter erschwerten Bedingungen

Wer ins Waisenhaus von Bamyan kommen will, fliegt. Der Landweg ist sogar für Einheimische zu gefährlich.

VON **JAN HUDEC**

BAMYAN Wir besuchen ein Waisenhaus in Bamyan, einer Provinz in Zentralafghanistan. Am Morgen bin ich mit einem Kleinflugzeug hierher geflogen. Mit an Bord waren einige Afghanen, die Projekte vorantreiben, um die Verwaltungsstruktur in ihrem Land zu verbessern. Auch für sie als Einheimische wäre der Landweg in die Provinz zu gefährlich. Apropos Gefahr: Mit meiner Reise nach Bamyan bin ich dem Erdbeben entgangen, das Kabul und die Umgebung erschüttert und mehrere Menschen das Leben gekostet hat. Es ist schon seltsam. Wenn man nach Afghanistan reist, macht man sich Sorgen wegen Terror und Taliban. An ein Erdbeben denkt man nicht.

«Weil hier Hilfe nötig ist»

Aber eigentlich wollte ich ja eine andere Geschichte erzählen. Wie gesagt, wir sitzen nun also in einem Waisenhaus in Bamyan, dessen Ver-

waltungskosten von der Afghanistanhilfe Schaffhausen (AHS) vollumfänglich getragen werden, und Vreni Frauenfelder bekommt von den Waisen gerade Geschenke überreicht. Als sie an ihren Platz zurückkehrt und sich auf ein Kissen am Boden setzt, flüstert sie mir zu: «Man macht das doch alles bloss, weil man sieht, dass hier Hilfe nötig ist. Aber», ergänzt sie mit leuchtenden Augen, «so ein Geschenk ist trotzdem etwas Schönes.»



Vreni Frauenfelder (Mitte) verteilte im Dorf Ghorab Schafe an die verarmte Bevölkerung. Mit ihr im Vorstand der AHS ist Michael Kunz (L). Bild Jan Hudec

Vreni Frauenfelder ist mittlerweile 85. Welche Strapazen sie in diesem Alter noch auf sich nimmt, ist kaum zu fassen. Nur schon nach Afghanistan zu reisen, trauen sich bei uns die wenigsten zu. Sie macht das jedes Jahr, teilweise mehrfach. Aber das ist nicht alles. Letzte Woche ist sie mit Michael Kunz, der ebenfalls im Vorstand der AHS ist, sowie mit mehreren Mitarbeitern der afghanischen Hilfsorganisation Shuhada von Bamyan nach Jaghori

gereist. Das ist an sich schon ein anstrengende Fahrt, weil man nicht den kürzesten, sondern den sichersten Weg nehmen muss. Nur war in diesem Jahr auch noch der Pass über das Baba-Gebirge zugeschnitten, und so blieb ihnen nichts anderes übrig, als einen enormen Umweg zu fahren über Strassen, die so holprig sind, dass man davon seekrank werden könnte. Geschlagene anderthalb Tage hat die Fahrt gedauert. In Jaghori verbrachten sie dann lediglich zwei Tage, besuchten dort unter anderem das Spital, das die AHS finanziert, oder ihr Waisenhaus. Danach ging es die gleiche Strecke zurück, diesmal in Schnee und Regen, zwei ganze Tage mit jeweils 16 Stunden langen Fahrten.

Vreni Frauenfelder ist die Erschöpfung an diesem Abend im Waisenhaus anzusehen, und es ist das erste Mal, dass sie nicht mit den Letzten geht. Und doch käme es ihr nie in den Sinn, sich zu beklagen. Selbst wenn man sie fragt, ob ihr das nicht zu viel sei, winkt sie bloss ab: «Nein, das macht mir nichts aus.» Und in jedem Fall sei es die Anstrengung wert. «Diese fröhlichen Kinder zu sehen, das ist das grösste Geschenk.» Eine beeindruckende Frau, die so gar nicht beeindruckend sein möchte.

ANZEIGE

Samstag, 27. April 2013

20%

auf alle Lindt-Artikel* -

auch auf bestehende Aktionspreise!

* nicht mit anderen Gutscheinen und Bons kumulierbar. Solange Vorrat.



20%

auf alle Weine* -

auch auf bestehende Aktionspreise!

Gültig in allen Denner Verkaufsstellen und unter www.denner-wineshop.ch

*ausgenommen Schaumweine. Solange Vorrat. Nicht mit Gutscheinen, Bons und Rabatten bei Neueröffnungen und Weinmessen kumulierbar.

Einer für alle